

ÄA 1-1

DIE LINKE steht für eine friedliches, soziales, demokratisches und ökologisches Europa

Änderungsantrag 1

Einreicher: KV Potsdam

Der Absatz 4. {Mehr LINKES Engagement für Europa - und mehr Integration, aber sozial und demokratisch!} soll durch folgenden Passage ersetzt werden.

Das europäische Projekt, das vom Frieden zwischen den Nationen getragen wurde, nun aber fast ausschließlich als Wirtschaftsprojekt stattfindet, muss in eine sozial gerechtere Union ausgebaut werden. Es gibt Entwicklungen, die wir als LINKE aufhalten wollen, wo wir eine Veränderung erreichen müssen: In der Außenpolitik muss die schleichende Militarisierung beendet werden. Es müssen europäische Antworten auf die Finanzkrise gefunden werden, die sichern, dass die Verursacher zur Verantwortung gezogen und echte Alternativen gefunden werden.

Die Erzählung der Zukunft Europas kann man nicht mehr nur mit den Kriegserfahrungen vorheriger Generationen bestreiten. Europas muss zusammenrücken, um die Herausforderungen in der Welt gemeinsam zu lösen - in Fragen von Klimaschutz, Menschenrechten oder der Bändigung von Finanzmärkten. Das kann kein Staat allein mehr schaffen, auch Deutschland nicht.

Wir setzen dem unsere Idee einer Sozialunion entgegen, auch und gerade als Antwort auf die Krise. Wir sehen den Aufstieg Deutschlands als Hegemon Europas kritisch, insbesondere wenn er mit einer von Deutschland diktierten Sparpolitik einhergeht. Wir brauchen kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland. Wir sind solidarisch mit den von der Krise betroffenen Völkern Europas und wenden uns gegen jedes nationalistische Ressentiment als Antwort auf die Krise. Den Fiskalpakt als neoliberales Umbauprogramm lehnen wir weiterhin ab. Wir fordern eine demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank (EZB) und eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments. Das Demokratiedefizit der EU ist nicht länger hinnehmbar.

Im Zusammenspiel mit einer aktiven Landesregierung muss sich auch der Landtag stärker europapolitischen Fragestellungen und ihren Wirkungen auf die Landespolitik stellen. Das Land Brandenburg kann seinen Teil dazu beitragen, jene Lücke zu schließen, die zwischen der aktuellen Europa-Politik und den daraus resultierenden sozialen Problemen der Europäer klafft. Konkret vor Ort muss die Zusammenarbeit mit Polen noch intensiver werden. Ein Idee, die DIE LINKE ganz konkret angehen könnte, wäre Karlsruher Übereinkommen von 1996 auf die deutsch-polnische Grenzregion zu übertragen. Dieses regelt die regionale und kommunale Zusammenarbeit über die Grenzen der Unterzeichnerstaaten hinweg und sorgt dabei für Rechtssicherheit. Europa muss erlebbarer werden, und wir können hier vor Ort einen Beitrag dazu leisten.

Wir brauchen gerade in der Krise mehr, und nicht weniger Demokratie. Dazu sollte das Parlament weiter gestärkt werden. Wir sollten diese Entscheidung als Hinweis darauf nehmen, dass die Gründungsidee von Frieden, Aussöhnung und partnerschaftlicher Entwicklung wieder in den Mittelpunkt der europäischen Politik rücken muss. Die derzeitige Krise zeigt, dass die EU nicht auf einen freien Markt reduziert werden darf, der sich für die Bürger/innen immer mehr als

Angriff auf ihre demokratischen und sozialen Rechte erweist. DIE LINKE wird sich weiter für eine EU einsetzen, die friedlich, sozial, demokratisch und ökologisch ist.

Begründung:

Die Idee Europas als Sozialunion muss stärker herausgestellt werden. Ebenso brauchen wir eine adäquatere und kritische Analyse der Konsequenzen der Euro-Krise. Und wir müssen klarer herausarbeiten, wofür wir in Bezug auf Europa sind und nicht nur wogegen.

Kreisverband DIE LINKE.Potsdam